

Budgetierung führt zu Rationierung

Massiver Rückgang bei PAR-Behandlungen

Die Einführung der neuen PAR-Behandlungsstrecke 2021 galt als Meilenstein für eine weitere Verbesserung der Mundgesundheit. Allerdings stellte sich schnell heraus, dass die Politik den Zahnärzten und den Patienten einen ungedeckten Scheck ausgestellt hatte. Denn entgegen anderslautenden Zusagen seines Vorgängers Jens Spahn (CDU) budgetierte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) die Mittel für die PAR-Behandlung. Und für begrenzte Mittel kann es nur begrenzte Leistungen geben, wie sich nun in aller Deutlichkeit zeigt.

„Die Gesundheitspolitik von Minister Lauterbach hat massive Spuren hinterlassen, vor allem im Teilbereich Parodontalbehandlungen“, kritisiert der Vorsitzende des Vorstands der Bundes-KZV Martin Hendges. Die Praxen seien gezwungen, sich organisatorisch auf die Mittelbegrenzung einzustellen. Und dies hätte Einfluss auf die Patientenversorgung.

Weniger Neubehandlungsfälle

Wegen des GKV-FinStG geht die durchschnittliche Zahl neuer PAR-Behandlungen kontinuierlich zurück: Im Jahr 2022 lag die Anzahl noch bei etwa 120 000 pro Monat, 2023 brach der Monatsdurchschnitt auf etwa 94 000 Neubehandlungen ein – also ein knappes Viertel weniger. Bis Ende September 2024 sank die Zahl im Durchschnitt sogar auf etwa 79 000. Dieser Abwärtstrend lasse sich nur durch einen Kurswechsel in der Gesundheitspolitik stoppen, meint die KZBV.

Parodontitistherapie ist eine zentrale Präventionsleistung

Seit Juli 2021 ist die präventionsorientierte Parodontitistherapie, die sich über einen Zeitraum von bis zu drei Jahren erstreckt, eine zentrale Präventionsleistung für die Mund- und Allgemeingesundheit. „Der unlängst vom Bundesgesundheitsministerium kommunizierte ‚überdurchschnittlich starke Anstieg‘ der GKV-Ausgaben im Teilbereich Parodontalbehandlungen bedeutet keineswegs, dass sich die Parodontitisversorgung in Deutschland verbessert hat. Im Gegenteil: Diese Ausgaben lassen sich allein durch Folgeleistungen der

Behandlungsfälle aus den letzten zwei Jahren erklären. Ganze 64 Prozent der Leistungen entfallen während der zweijährigen Nachsorgephase auf die Folgeleistungen im Rahmen der unterstützenden Parodontitistherapie (UPT)“, stellt Hendges klar.

Einfluss auf Herz-Kreislauf-Erkrankungen

Parodontitis ist eine komplexe Entzündungserkrankung, an der jeder zweite Erwachsene leidet. Bleibt sie unbehandelt, kann dies auch zur koronaren Herzkrankheit und zum Herzinfarkt führen. Zudem treten vermehrt Bakterien in die Blutbahn ein – selbst bei alltäglichen Aktionen wie dem Kauen und Zähneputzen. Bei Patientinnen und Patienten mit entsprechender Veranlagung kann dies zu einer Herzinnenhautentzündung führen.

Hohe Folgekosten

Unbehandelte Zahnfleischerkrankungen können zu hohen Folgekosten führen, die allein im zahnärztlichen Bereich bei rund 200 Millionen Euro jährlich liegen. Hinzu kommen indirekte Krankheitskosten, die eine international vergleichende Studie für Deutschland auf rund 35 Milliarden Euro beziffert. „Daher müssen die Leistungen für die präventionsorientierte Parodontitistherapie als Früherkennungs- und Vorsorgeleistungen anerkannt und wieder vollumfänglich vergütet werden“, fordert Hendges. Auf gut Deutsch: Die PAR darf nicht länger budgetiert werden!

Redaktion